

Stefanie Schiffer

Nur Verlierer

Lukašenka, das Volk und die Wahl

Manipulierte Wahlen sind in Belarus unter Aljaksandr Lukašenka zur Regel geworden. Lange Zeit galt die Unterstützung für das Regime als so groß, dass es der Manipulation nicht bedurft hätte. Das hat sich geändert. Die Bevölkerung hat Lukašenka und seinem Regime das Vertrauen entzogen. Die Diktatur reagiert mit Repression und Gewalt. Das brutale Vorgehen des Regimes offenbart seine Schwäche. Die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Belarus verdienen Solidarität und Unterstützung. Die Zivilgesellschaft sollte ins Zentrum einer kohärenten Belarus-Politik der EU rücken.

Am 19. Dezember 2010 wurden in Belarus die vierten Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit abgehalten. Aljaksandr Lukašenka konnte nach offiziellen Angaben 79,3 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 90,4 Prozent erringen. Die neun oppositionellen Kandidaten erreichten nach Angaben der belarussischen Zentralen Wahlkommission zusammen 12,9 Prozent.¹ Sowohl die OSZE als auch die unabhängigen einheimischen Wahlbeobachter der Kampagne „Menschenrechtler für freie Wahlen“ monierten nach einem relativ freien Wahlkampf massive Verstöße gegen nationale Gesetze und internationale Verpflichtungen – während der Abstimmung und der Auszählung der Stimmen.

Die beiden Beobachtungsmissionen werfen dem Regime vor allem vor, diese habe im Wahlkampf massiv administrative Ressourcen für den Amtsinhaber eingesetzt, den Zugang der oppositionellen Kandidaten zu den zentralen Massenmedien eingeschränkt, die Wahlkommissionen unausgewogen besetzt und Druck auf einzelne Bevölkerungsgruppen ausgeübt, ihre Stimme vorzeitig abzugeben. Außerdem monierten sie, dass die Urnen mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln unbeaufsichtigt waren, so dass Stimmzettel hinzugefügt oder ausgetauscht werden konnten. Auch die Stimmauszählung sei mangelhaft gewesen.²

Stefanie Schiffer (1965), Geschäftsführerin Europäischer Austausch gGmbH, Berlin

¹ Soobščenie central'noj komissii Respubliki Belarus' po vyboram i provedeniju respublikanskich referendumov ob itogach vyborov Prezidenta Respubliki Belarus' <<http://www.rec.gov.by/pdf/prb2010/soob9.pdf>>.

² International Election Observation – Republic of Belarus – Presidential Elections, 19 December 2010, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, <www.osce.org/odihr/documents/74638>, Preliminary Report of Independent Observation, Human Rights Defenders for free Elections <<http://spring96.org/en/news/39904>>.

Gegen die offensichtliche Wahlfälschung gingen in der Nacht zum 20. Dezember 2010 bis zu 40 000 Menschen auf die Straße. Die Reaktion der Sicherheitskräfte war brutal: Über 600 Demonstranten wurden verhaftet, verschleppt, misshandelt. Sieben der neun oppositionellen Präsidentschaftskandidaten wurden verhaftet. Bei zahlreichen NGOs, Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Gruppen, Journalisten und Oppositionspolitikern führte die Polizei Hausdurchsuchungen durch und konfiszierte Unterlagen und Computer.

Was sind die Gründe für diese Brutalität der belarussischen Sicherheitskräfte und den repressiven Kurs des Regimes sowie die Kaltblütigkeit der Justiz, die in nichtöffentlichen Schnellverfahren über 600 friedliche Demonstranten zu 10 bis 15 Tagen Arrest über Weihnachten und Neujahr verurteilte und nun daran mitwirkt, politische Häftlinge zu produzieren? Welche Rolle kommt jetzt der belarussischen Zivilgesellschaft zu? Was soll der Westen tun?

Fälschen aus Eitelkeit oder Notwendigkeit

1994 war Aljaksandr Lukašenka im zweiten Wahlgang mit 81,7 Prozent der Stimmen zum Präsidenten der seit 1991 unabhängigen Republik Belarus gewählt worden. Alle folgenden Wahlen manipulierte das Regime massiv, obwohl Lukašenka populär und die Opposition gespalten war. Das Regime nahm in Kauf, dass die OSZE die Wahlen nicht anerkannte und die Opposition ihm Wahlbetrug vorwarf. Das Verhalten des Autokraten und seiner Entourage erstaunte westliche Beobachter ein ums andere Mal: Ungeachtet dessen, dass nach Einschätzung zahlreicher Beobachter und Demoskopien Lukašenka die Wahlen auch bei korrekter Auszählung gewonnen hätte, ließ das Regime die Ergebnisse fälschen, um ein „angemessenes“ Resultat zu erhalten. Die erwünschte Wahlbeteiligung sollte bei 90 Prozent liegen und mindestens 75 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Lukašenka oder die Kandidaten des Regimes entfallen.

Nach 16 Jahren uneingeschränkter Lukašenka-Herrschaft, vier Präsidentschaftswahlen, vier Parlamentswahlen und drei Lokalwahlen hatte sich im Jahr 2010 etwas verändert: Zwar wurden auch die Präsidentschaftswahlen 2010 massiv manipuliert. Doch es steht zu vermuten, dass nicht mehr Eitelkeit den Autokraten dazu veranlasst hat, sondern eine drohende Niederlage. In einem autoritär regierten Staat wie Belarus – ohne freie Medien, ohne unabhängige Meinungsforschungsinstitute und ohne neutrale Exit Polls – ist es fast unmöglich, ein einigermaßen verlässliches Bild von den politischen Präferenzen der Bevölkerung zu gewinnen. Dennoch gibt es ernst zu nehmende Indizien dafür, dass bei diesen Wahlen – anders als bei den Präsidentschaftswahlen 2001 und 2006 – die für den Wahlsieg in der ersten Runde notwendige Mehrheit von mindestens 50 Prozent der abgegebenen Stimmen für den Amtsinhaber womöglich nicht zustande gekommen ist.

Schein und Sein

Während die internationale Öffentlichkeit in der Zeit des Vorwahlkampfes vor allem den plötzlich und heftig entbrannten Konflikt zwischen Belarus und dem Kreml verfolgte und spekulierte, welche Auswirkungen der Entzug der russischen Unterstüt-

zung für das Regime Lukašenka haben würde, vollzog sich in Belarus recht unmerklich eine bedeutsame Veränderung: Ein relevanter Teil der Bevölkerung hat dem Präsidenten offensichtlich das Vertrauen entzogen. Nach Angaben des von Litauen aus operierenden Meinungsforschungsinstitut *Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies* (IISEPS) gaben im Oktober 2010 73,2 Prozent der Befragten an, an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen zu wollen. Im Februar 2006 hatten dies noch 80 Prozent der Respondenten erklärt. 44,6 Prozent der im Oktober 2010 Befragten gaben an, den Amtsinhaber Lukašenka wählen zu wollen (2006: 53,4 Prozent), 43 Prozent der Befragten erklärten, sie wollten einem anderen Kandidaten als Lukašenka eine Chance geben (2006: 37 Prozent). Lediglich 46 Prozent der Befragten glaubten, dass die Präsidentschaftswahlen frei und fair seien. 2006 waren dies noch 54,9 Prozent gewesen.³

Zwar gaben die der belarussischen Präsidialverwaltung nahestehenden Institute *TNS* und *EcooM* noch vor Schließung der Wahllokale Umfrageergebnisse bekannt, nach denen Lukašenka 79,1 Prozent bzw. 72,03 Prozent der Stimmen erreichen würde.⁴ Sie lagen damit relativ nahe an dem offiziellen Wahlergebnis von 79,3 Prozent. Diesen Zahlen sollte man jedoch die Angaben des von Warschau aus sendenden, nicht-staatlichen TV Senders *Belsat* und die Angaben einer unabhängigen Bürgerinitiative gegenüberstellen, die in einigen Auslandsvertretungen von Belarus Exit Polls und Wahlbeobachtungen durchgeführt haben. *Belsat*, das am Wahltag 1000 Personen in Belarus befragte, kam auf 30,05 Prozent Unterstützer für Lukašenka.⁵ Die Exit Polls in den belarussischen Auslandsvertretungen ergaben für den Amtsinhaber 31,9 Prozent in Berlin, 34 Prozent in Vilnius und 7,3 Prozent in Warschau.⁶

Die Auswertung der unabhängigen Wahlbeobachtung in Belarus durch die Initiative „Menschenrechtler für freie Wahlen“ wurde durch die Durchsuchung ihrer Büros und die Konfiszierung ihrer Technik direkt nach den Wahlen wesentlich behindert. Wahlbeobachter der Initiative weisen jedoch auf massive Manipulationen bei der vorzeitigen Stimmabgabe und der Stimmauszählung hin: Nur in der Hälfte der 222 von der Initiative beobachteten Wahllokale wurden die Ergebnisse der vorzeitigen Stimmabgabe und die Ergebnisse vom Wahltag getrennt bekannt gegeben. In 135 der 222 Wahllokale wurde die Stimmauszählung so vorgenommen, dass selbst die Mitglieder der jeweiligen Kommission nicht prüfen konnten, für welchen Kandidaten der Stimmzettel ausgefüllt war. Mit einer am 22. Dezember bei der Zentralen Wahlkommission eingereichten Klage beantragte das *Belarussische Helsinki-Komitee* aus all diesen und zahlreichen weiteren Gründen, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2010 zu annullieren. Die Klage wurde von der Zentralen Wahlkommission am 24. Dezember 2010 mit der Erklärung abgelehnt, sie sei unbegründet, der Wählerwille sei durch die Wahlen nicht verfälscht worden. Auch eine Klage des Oppositionskandidaten Rygor Kastusëu wurde zurückgewiesen.

³ Results of the National Opinion Poll conducted on Oct. 14–24, 2010, <www.iiseps.org/edata.html>

⁴ <<http://news.belta.by/de/news/society?id=601800>>, <<http://news.belta.by/de/news/society?id=601824>>.

⁵ <<http://belaruswahl2010.wordpress.com/>>.

⁶ <www.dbg-online.org/2010/12/20/pm-wahlen-belarus-w-ahlerbefragungen-und-wahlbeobachtung-mehreren-europ-ischen-gro-st-dten>.

Die Luft wird dünner

All diese Beobachtungen ergeben zwar keine belastbaren Ergebnisse wie faire und freie Wahlen das vermögen, deuten aber darauf hin, dass der unausgesprochene „Gesellschaftsvertrag“ zwischen der Bevölkerung und dem autoritären Regime – der Staat garantiert das ökonomische Wohlergehen der Bevölkerung, diese verzichtet im Gegenzug auf politische Mitbestimmung – in Belarus nicht mehr uneingeschränkt funktioniert. Das dürfte nach den brutalen Ereignissen der Wahnacht 2010 noch deutlicher geworden sein. Das tatsächliche Ergebnis der Präsidentschaftswahlen, das vermutlich bei 45–50 Prozent Stimmen für den Amtsinhaber liegt, ist dem Präsidenten vermutlich bekannt. Die Luft wird dünner um Lukašenka. Um sein Amt weiter ausüben zu können, wird er sich nun nicht nur gegen russische Umarmungsversuche, Intrigen aus dem eigenen Machtapparat und Forderungen nach Liberalisierung und Demokratisierung aus der EU wehren müssen – er muss vor allem auch gegen das eigene Volk regieren. Terror, Einschüchterung und Gewalt lassen nichts Gutes erwarten. Opposition und Zivilgesellschaft in Belarus sind extremer Repression ausgesetzt. Ihnen muss nun die internationale Aufmerksamkeit und Solidarität gelten.

Schon in der Wahnacht begannen belarussische und internationale Beobachter über die Hintergründe für die gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Proteste durch den KGB und Spezialeinheiten zu spekulieren. Ging der Befehl zur gewaltsamen Niederschlagung der Proteste von konservativen Kräften im Machtapparat aus, die an einer Erhaltung des autoritären Status quo interessiert waren und eine Liberalisierung des Regimes verhindern wollten? Wie viel von dem, was in der Nacht zum 20. Dezember geschah, ging auf den direkten Befehl Lukašenkas zurück? Antworten auf diese Fragen sind von autoritären Regimes nicht zu erwarten. Erst wenn nach einer politischen Liberalisierung die entsprechenden Archive geöffnet sind, werden die belarussische und die internationale Öffentlichkeit erfahren, wer die persönliche Verantwortung für die Niederschlagung der Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen trägt.

Zeichen der Schwäche, hysterische Reaktion

Was wir heute sicher sagen können ist, dass das brutale Vorgehen von KGB und Sicherheitskräften die Schwäche des Regimes stärker denn je offenbart hat. Lukašenka und sein Umfeld wissen, dass sie sich – auch bei vollständiger Kontrolle des öffentlichen Raums und der Medien – der Unterstützung durch die Bevölkerung nicht mehr sicher sein können. Vor diesem Hintergrund sollte die Europäische Union dringend eine glaubwürdige Politik gegenüber Belarus verfolgen. Die belarussische Zivilgesellschaft ist der eigentliche Partner im Wertedialog der EU mit Belarus und sollte im Zentrum ihrer Politik stehen. Sie steht extrem unter Druck und braucht internationale Unterstützung. Die *Östliche Partnerschaft* muss nun von einer politischen Deklaration zu einer konkreten und für die belarussische Bevölkerung sichtbaren und erfahrbaren Politik entwickelt werden:

- Bürgerinnen und Bürger aus Belarus und aus den fünf anderen Staaten der *Östlichen Partnerschaft* sollte visafreier Reiseverkehr in die EU ermöglicht werden.

- Die EU sollte jene Personen und Initiativen, die sich in Belarus für Menschenrechte einsetzen, stärker fördern, um ihre Kampagnenfähigkeit und Professionalität – gerade auf regionaler Ebene – zu erhöhen sowie ihre Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Partnern in der EU zu stärken.
- Unabhängige Medien in Belarus stehen besonders unter Druck. Ihre Mitarbeiter sollten durch Stipendien und Sprachkurse fortgebildet werden. Elektronische Medien, die aus dem Ausland nach Belarus senden, sollten ausgebaut, neue gegründet werden.
- Neu entstehende Bürgerinitiativen zum Monitoring von Menschenrechtsverletzungen und Repressionen im Umfeld der Wahlen, zur Durchführung von Exit Polls sowie zum Einsatz der neuen Medien (*Facebook, Twitter*) im politisch-öffentlichen Raum sollten gefördert werden.
- Die Europäische Kommission muss unbürokratische und den Zivilgesellschaften besser zugängliche Programme entwickeln, die es erlauben, schnell und pragmatisch auf drohende oder schon eingetretene Menschenrechtsverletzungen in der Nachbarschaft der EU zu reagieren.
- Das Wissen über Belarus als Nachbar der EU ist in der europäischen Bevölkerung begrenzt. Dies sollte durch Tagungen, Veröffentlichungen, Fachveranstaltungen und die Bürgerbegegnungen geändert werden. Entsprechende Programme der Europäischen Kommission sollten dafür modifiziert oder eingerichtet werden.

Gezielte und möglichst umfassende Sanktionen gegen einzelne Personen, die für die Wahlfälschungen, gewaltsamen Ausschreitungen und die massenhaften Verurteilungen nach den Wahlprotesten verantwortlich sind, müssen verhängt werden. Diese sollten sich gegen hohe Funktionsträger der lokalen Exekutive, Richterinnen und Richter, hohe Beamte des Innenministeriums und der Sicherheitskräfte richten. Ihnen sollte die Einreise in die EU verboten, ihre Konten bei internationalen Banken sollten eingefroren werden. Die für die Aufhebung der Visapflicht und andere für die zivilgesellschaftlichen Begegnungen notwendigen Verhandlungen sollten auf den entsprechenden Arbeitsebenen voran getrieben werden. Ebenfalls sollte die Beschäftigung mit Belarus in den parlamentarischen Versammlungen der OSZE, des Europarats und des Europäischen Parlaments einen besonderen Stellenwert erhalten. Eine Wiederaufnahme der weitgehend ergebnislosen Sanktions- und Isolationspolitik der Jahre bis 2008 scheint hingegen wenig angezeigt.

Schließlich steht eine nüchterne Analyse der Rolle Russlands an: Die russische Führung hat zum wiederholten Male bewiesen, dass ihre Politik gegenüber Belarus nicht auf eine Demokratisierung des belarussischen Regimes, sondern auf Stabilisierung und Ausbau der eigenen Macht und des Einflusses vor Ort ausgerichtet ist. Die Hoffnung auf eine Demokratisierung von Belarus über den Umweg Russland, wie sie in manchen Kreisen der deutschen außenpolitischen Community zu hören ist, hat sich als groteskes Wunschenken erwiesen.

Hier bitte ganzseitig Abbildung Volskij.jpg

Bildunterschrift

Ljavon Vol'ski